

Stellungnahme der CDU-Gemeinderatsfraktion zur Entscheidung über die Flüchtlingsunterkünfte

Uns allen, auch in der CDU-Fraktion, war nicht wohl bei dem Gedanken, am Montag beschließen zu müssen, worüber die Bürger erst wenige Tage zuvor informiert wurden und wozu sie erst am Folgetag ihre Meinung sagen dürfen. Uns hatten in den letzten Tagen viele Einwände erreicht, von denen manche nicht leicht von der Hand zu weisen sind. Aber bei gewissenhafter und gründlicher Abwägung aller vorgebrachten Argumente (und die meisten Argumente gegen die Überlassung der betr. Flächen waren ja ausgetauscht) ist uns klar geworden, dass wir keine vernünftigen Alternativen haben. Und dass eine Entscheidung einige Tage später wahrscheinlich nicht anders ausgefallen wäre. Hätten wir aber am 21. September vertagt, dann hätte aus formalen Gründen, die der OB erklärt hat, eine Entscheidung erst 2 - 3 Wochen später fallen können. Auf der Warteliste für bestellte Wohneinheiten wären wir weiter nach hinten gerutscht, und der Zeitpunkt, zu dem wir Flüchtlingen tatsächlich ein Dach über dem Kopf bieten können, hätte sich nicht um 3 Wochen, sondern sicher deutlich länger verzögert.

Doch wer in Not ist, dem muss geholfen werden. Dieser Konsens eint uns alle, die sich den christlichen Werten der Barmherzigkeit verpflichtet fühlen, auch, wenn manche stattdessen lieber moderner "Solidarität" oder "Humanität" sagen. Damit ist klar, dass wir jetzt jede Anstrengung unternehmen werden, angemessene Behausungen für Flüchtlingen zu schaffen, unabhängig von der Diskussion darüber, wer von denen, die momentan in großer Zahl und aus unterschiedlichsten Gründen ins Land kommen, bleiben wird. Momentan geht es vor allem um Flächen für Gebäude für die vorläufige Unterbringung, für die organisatorisch und finanziell der Landkreis verantwortlich zeichnet.

Nur, damit uns die Dimensionen klar werden: fast 3,5 Promille aller nach Deutschland kommenden Flüchtlinge landen im Landkreis Tübingen, bei erwarteten 800.000 in diesem Jahr werden das über 2.500 Menschen bis zum Jahresende sein. Und wir reden dabei noch nicht über 2016 und die Folgejahre! Nachdem die Mössinger etwa 10% der Einwohner im Landkreis ausmachen, können wir grob auch mit 10% der Flüchtlinge rechnen. Machen wir uns also auf die Suche!

Aktuell haben wir eine Kapazität von knapp 100 Plätzen, bis in allerspätestens 6 Monaten müssen 120 weitere dazukommen. Das wäre immer noch weniger

als die Zahl, die wir in 2015 in Mössingen vorläufig unterbringen sollten - wobei noch keiner weiß, wie es im nächsten Jahr weitergehen soll. Nach der Diskussion darüber, ob wir die erste neue Sammelunterkunft in die Eisenbahnstraße oder in die Lichtensteinstraße bauen sollen, wird in wenigen Monaten darüber diskutiert werden, an vielen anderen denkbaren Plätzen und vielleicht an Stellen, an die wir heute noch gar nicht denken, weitere Unterkünfte zu planen. Damit wird sich dann immerhin der Eindruck abschwächen, bestimmte Quartiere innerhalb der Stadt würden schlechter behandelt als andere.

Und dabei dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass die meisten derer, die wir jetzt für den Landkreis unterbringen, in wenigen Monaten in unsere Verantwortung kommen werden, wenn es um die Anschlussunterbringung geht. Parallel zu den geschilderten Bemühungen sind wir deshalb schon jetzt gefordert, uns um Unterkünfte für die Anschlussunterbringung zu kümmern.

Dies ist auch der Punkt, an dem unsere städtischen Immobilien ins Spiel kommen müssen, denn in diesen – nur dort! - können wir dann die notwendige dezentrale, integrationsbefähigende Unterbringung gewährleisten. Hier wird die Stadt Mössingen, notfalls mittels eines Nachtragshaushaltes, sehr schnell mit der Sanierung beginnen müssen, damit wir nicht in anderthalb Jahren wieder völlig überrascht werden von einer Entwicklung, die dem Gemeinderat und den Bürgern der Stadt dann wieder schnelle Entscheidungen abnötigt.

Aber dabei wollen die Menschen in der Stadt mitgenommen werden - das und nicht die grundsätzliche Frage, ob wir überhaupt Flüchtlinge aufnehmen wollen, hat dem Gemeinderat am 21.9. ja die Streitabstimmung und den Unmut der Zuhörer eingebracht. Deshalb sollten wir die Einwände, die gegen die Sammelunterkünfte an diesen zwei Orten vorgebracht wurden, aufnehmen und beantworten:

Auch unsere Fraktion hält den Standort neben dem Rathaus für nicht optimal, genau weil es sich beim Bahnhofsumfeld ohnehin um ein potentiell problematisches Areal handelt, genau weil es nur wenige Anwohner und damit nur geringe soziale Kontrolle und wenig Integration geben wird, und weil das Gelände (auch mit dem Rathausvorplatz, der Unterführung und den Tiefgaragen) nachts ausstirbt und denen überlassen bleibt, die sich dann dort aufhalten, aus welchen Gründen auch immer. Uns ist bei diesem Gelände auch nicht wirklich wohl, doch haben wir Alternativen?

Die Bedenken, für Schüler und Berufspendler ergäben sich auf ihrem Weg entlang der Flüchtlingsunterkünfte Probleme, halten wir nicht für so gravierend. Wenn viele unterwegs sind, dann sehen wir nur geringes Gefährdungspotential. Schwerwiegender, oder jedenfalls nachvollziehbarer, sind wieder die Sorgen um abends alleine oder in kleinen Gruppen passierende Kinder und Jugendliche. Dieses Problem wäre aber an jedem anderen Ort dasselbe, denn überall, wo Familien wohnen, sind Kinder und Jugendliche abends mal alleine unterwegs. Falls von Flüchtlingen für diese Gruppe unserer Bevölkerung eine erhöhte Gefährdung ausgeht (gottseidank ist das bisher nur eine theoretische Befürchtung), dann wird das, nur graduell unterschiedlich, an jedem Standort so sein und gehört deshalb zum Preis, den wir grundsätzlich für die Bereitschaft bezahlen müssen, überhaupt Flüchtlinge aufzunehmen. Das ist also eher eine generelle Debatte als eine, die sich um einen konkreten Standort dreht.

Wie sich ein Flüchtlingswohnheim optisch darstellt, das haben wir ein Stück weit in der Hand. Die Containersiedlung neben dem Landratsamt sieht, zumindest jetzt noch, ganz ansprechend aus. Wie das in einigen Jahren sein wird, hängt auch davon ab, wie sehr man sich darum kümmert, und da hat uns der Landkreis zugesichert, mit ausreichend Personal einer Verwahrlosung entgegenzuwirken. Darauf müssen wir vertrauen und es gegebenenfalls energisch einfordern.

Dass wir mit einer Konzentration unserer "großen" Flüchtlingsunterkünfte ein "neues Viertel" schaffen, was für die Integration dieser Menschen nicht günstig ist - auch dieser Einwand ist berechtigt. Draisweg und Eisenbahnstraße kommen ja zu den schon bestehenden Gebäuden in Kurze Hirschen noch hinzu. Auch das sehen wir kritisch. Nur wieder: Welche Alternativen haben wir?

Denkbare Alternativen wären das Gelände neben der Steinlachhalle. Doch dann könnten wir die Steinlachmesse dort nicht mehr durchführen, und natürlich sind dort die Schüler ebenfalls unterwegs und viele, die ins Schwimmbad gehen. Und dort ist das Schulzentrum und der "Rote Platz" - beide Areale sind abends/nachts leer und waren schon Brennpunkte. Für das Gelände in der Lichtensteinstraße hinter der Firma Höckle gelten genau dieselben Einwände: Sportplatz, Turnhalle, Schule, Kindergarten. Und ist die Not schon so groß, dass wir an die Belsemer Schulwiese oder den hinteren Mössinger Sportplatz denken müssen?